



Die offene Gesellschaft und ihre neuen Herausforderungen

Thomas Kuder

Einleitung

Über Jahrzehnte hinweg galt in den westlichen Demokratien die offene, liberale Gesellschaft als eine liebgewordene Selbstverständlichkeit, die zwar in ihrer konkreten Ausgestaltung immer noch verbessert werden konnte, im Grundsatz aber als gesetzt und nicht zu hinterfragen galt. Karl Popper hatte „die offene Gesellschaft“ während des II. Weltkrieges, an die Traditionen der Aufklärung und des klassischen Liberalismus anknüpfend, als ein liberales Gesellschaftsmodell ausgearbeitet und den damaligen Feinden der offenen Gesellschaft gegenübergestellt, insbesondere den totalitären bzw. faschistischen, nationalsozialistischen und kommunistischen Regimen und Gesellschaftsverständnissen (Popper 1945).

Die offene Gesellschaft zeichnet sich demnach gegenüber der geschlossenen Gesellschaft vor allem aus durch ihre Kritik-, Diskurs-, Reform- und Lernfähigkeit, ihr Bekenntnis zur Gewaltenteilung sowie zu der Möglichkeit, die eigene Regierung zu kritisieren, abzuwählen und durch eine andere zu ersetzen. Eigenschaften, die sich als unabdingbar erweisen, um diejenigen innovativen Kräfte freizusetzen, die einen gesellschaftlichen Fortschritt hervorrufen können. Geschlossene und ideologisch verfestigte Gesellschaften misstrauen und missachten dagegen in aller Regel solche demokratischen Werte wie die Meinungs-, Versammlungs- oder Organisationsfreiheit und unterbinden, ggf. auch unter dem Einsatz von Gewalt, jegliche gesellschaftskritischen, intellektuellen Diskurse. In Folge verharschen nach und nach ihre tragenden gesellschaftlichen Institutionen und inne-

ren Strukturen, so die Diagnose, und verunmöglichen Reformen sowie einen – mitunter dringenden – gesellschaftlichen Wandel, der gerade vitale Gesellschaften auszuzeichnen vermag.

Knapp 75 Jahre später zeigt sich nun in zahlreichen politischen Diskursen, dass die offene, demokratische Gesellschaft als zentrale Wertvorstellung heute, in einer fragmentierten Welt, keineswegs mehr so selbstverständlich ist und sich allgemeiner Beliebtheit und Anerkennung erfreut, wie wir alle über Jahrzehnte hinweg gedacht haben. Zwar hat unser demokratisches Gesellschaftssystem, formell betrachtet, einen vielleicht nie zuvor erreichten Stand der Entwicklung erklommen und die demokratischen Institutionen des Bundes, der Länder und der Kommunen stehen in voller Blüte. Und doch ist weithin ein immer häufiger auch lautstark artikuliertes Unwohlsein zu verspüren. Ein naheliegender Anlass, sich über die komplexen Ursachen, Erscheinungsformen und Folgen sowie denkbare Reaktionen darauf Gedanken zu machen.

Ursachensuche

Der häufig als „Globalisierungsprozess“ interpretierte grundlegende Strukturwandel und die einhergehenden Verwerfungen in fast allen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens und Zusammenlebens auf der einen, aber auch das emanzipatorische und individualistische Streben der Bürger und sozialen Gruppierungen auf der anderen Seite bewirken nach und nach einen schleichenden Verlust an Bedeutung, Einfluss- und Steuerungsmöglichkeiten der demokratisch legitimierten Institutionen des Staates bei ihren originären

Gestaltungsaufgaben – auch in den Kommunen.

Dieser Verlust, den die meisten westlichen Demokratien in ähnlicher Form erfahren haben, artikuliert sich zum einen darin, dass die Menschen und die Zivilgesellschaft immer öfter aktiv auf das politische Agenda-Setting in ihrem Sinne Einfluss nehmen, wie nicht zuletzt die „Fridays for Future“-Bewegung eindrücklich gezeigt haben dürfte. Zum anderen aber auch darin, dass immer mehr Fragen gesellschaftspolitischer Relevanz und Reichweite nur noch auf internationaler Ebene behandelt und entschieden werden können, wie z.B. die europäische Finanzkrise oder die Folgen des Klimawandels unter vielen anderen Beispielen verdeutlicht haben.

Seit weit mehr als einem Jahrzehnt wird vor diesem Hintergrund die politikwissenschaftliche These vertreten, die offene, demokratische Gesellschaft im Allgemeinen befinde sich in einer tiefgreifenden „postdemokratischen“ Krise (Crouch 2008), die demokratischen Grundwerte, Institutionen und Praktiken seien innerlich ausgehöhlt und die Eliten würden nur an ihr eigenes Wohlergehen denken, während die Feinde der Demokratie neuerdings wieder „ante portas“ stünden.

Als Argumente werden die Abwendung der Menschen von den politischen Diskursen, der Mitgliederschwund in den politischen Parteien (die schwierige Probleme eh nicht lösen könnten), der Trend langfristig sinkender Wahlbeteiligung, die Vertrauensverluste in die Politik sowie die soziale und politische Ungleichheit und die damit verbundenen Abstiegs- und Verlustängste ganzer Schichten der bundesrepublikanischen Gesellschaft angeführt (z. B. Heitmeyer 2007, Crouch 2008;

Jörke 2011, Kuder 2017). Aber selbst wenn die Radikalisierung und Polarisierung der politischen Diskurse zuletzt wieder zum Anstieg der Wahlbeteiligung und zu einer Re-Politisierung geführt haben mag, sehen heute, einer aktuellen, repräsentativen Online-Umfrage zufolge, mehr als 50 Prozent der wahlberechtigten deutschen Bevölkerung die Demokratie in ernsthafter Gefahr (YouGov, August 2019).

Allerdings scheinen die recht einfach nachvollziehbaren Erklärungsansätze zu Freunden und Feinden der offenen Gesellschaft, die in der Vergangenheit noch Geltung beanspruchen konnten, heute von sehr viel komplexeren Sachverhalten und Konstellationen überlagert oder gar abgelöst worden zu sein. Zunächst wird in zahlreichen wissenschaftlich fundierten Gesellschaftsdiagnosen heute konstatiert, die Globalisierung und die einhergehende gesellschaftliche Modernisierung habe gleichermaßen Gewinner wie Verlierer hervorgebracht, was nicht nur zu einer signifikanten sozioökonomischen, sondern auch zu einer kulturellen Spaltung der Gesellschaft geführt habe. Größere Teile der Gesellschaft fühlten sich heute sozial, wirtschaftlich und auch kulturell abgehängt, nicht mehr gehört und nicht mehr ernst genommen. Stattdessen würden sie angesichts einer unübersichtlichen, kaum noch nachvollziehbaren, hoch komplexen, mitunter als alternativlos bezeichneten und von technokratischen Sachzwängen und Beschleunigungen geprägten Politik und angesichts eines unhinterfragten neoliberalen Rückbaus des Wohlfahrtsstaates sowie fehlender, positiv besetzter Gesellschaftsentwürfe in eine dauerhafte politische Lethargie verfallen und sich immer weiter aus der demokratischen Gesellschaft zurückziehen (u. a. Crouch 2008, Jörke 2011, Koppetsch 2019,

Rosa 2018). Die Zukunft werde, so der Wissenschaftler Zygmunt Bauman, für diese Menschen immer mehr zum „dystopischen Schreckensszenario“. Es drohten Arbeitslosigkeit, soziale Abwertung der mühsam erlangten beruflichen Fähigkeiten, Verlust des gesellschaftlichen Status, weitreichende ökonomische Einbußen und selbst der Verlust von mühsam erworbenem Eigentum, wie dem eigenen Häuschen, wird zu einer realen Bedrohung (Bauman 2017).

darin ein manifestes Krisensymptom der Demokratie (Rosa 2018). Willensbildung und Politik, so Rosa, nähmen im politischen Alltag durch die aufwändigen Prozesse der Aushandlung und Abwägung sehr viel Zeit in Anspruch. Je größer die Vielfalt an Interessen und Meinungen jedoch sei und je komplexer sich ein Sachverhalt gestalte, desto schwieriger würde es, die demokratischen Prozesse und politischen Entscheidungen schnell und

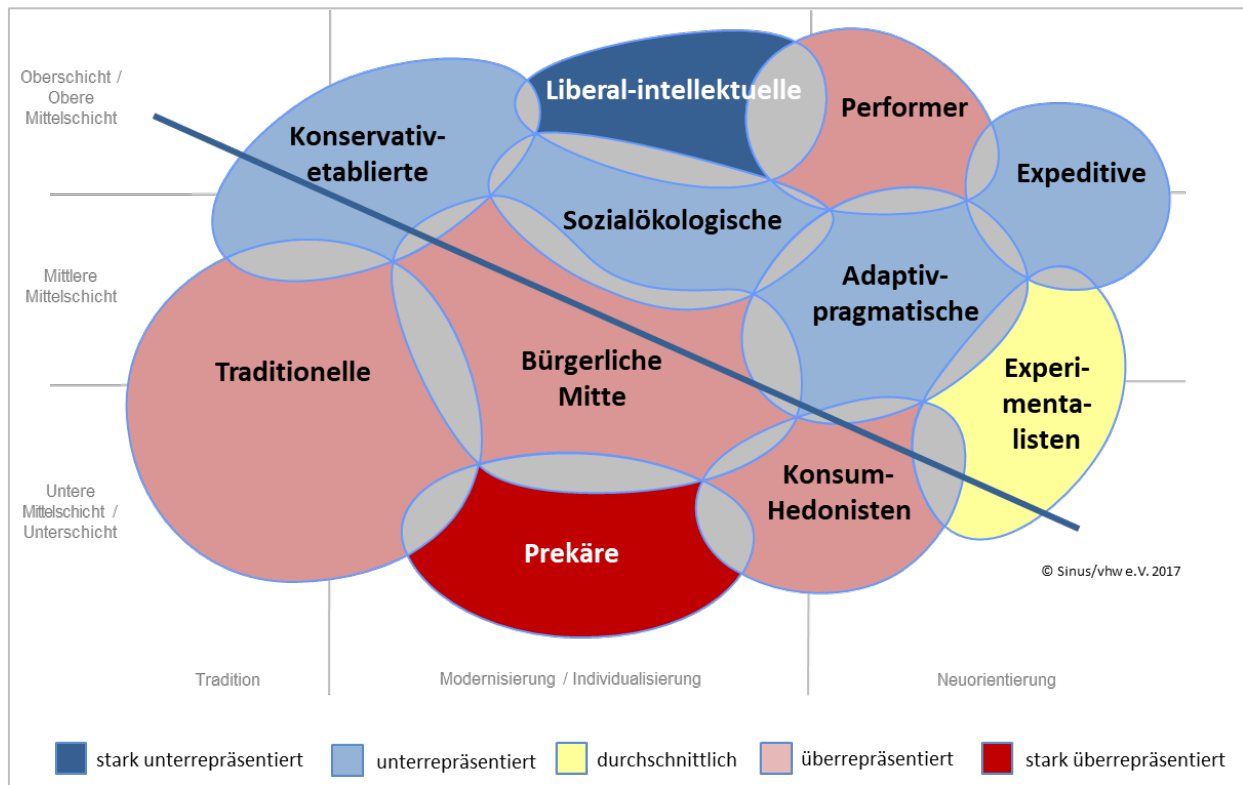


Abb. 1: Gegenwartskepsis Gesamtindex nach Milieus: Wahrnehmung wachsender Ungleichheit, Werteverlust, sinkendes Vertrauen in Mitmenschen und den sozialen Zusammenhalt, Quelle: Aring 2019

Der Soziologe Hartmut Rosa konstatiert angesichts dessen eine zunehmende Entfremdung zwischen der Bürgerschaft auf der einen Seite und der Politik auf der anderen Seite. Er sieht

reaktionsfähig zu gestalten.

In einer von marktwirtschaftlicher Konkurrenz und Beschleunigung geprägten Gegenwart stünde kaum noch die nötige Reaktionszeit zur Verfügung. Daher sei die Politik immer öfter gezwungen, Aushandlungsprozesse zu beschleunigen, zu umgehen oder, wie bei der

europäischen Bankenkrise, stillzulegen, um halbwegs Schritt zu halten.

Zudem schein „die Politik“ häufig auch gar nicht mehr der Schrittmacher der gesellschaftlichen Entwicklung zu sein, sondern eher der mitunter gehetzte Verfolger. Daraus resultiere eine wachsende Kluft zwischen Bürgern und Politikern als Ausdruck des nicht mehr angemessen aufeinander Zugehens bzw. des Resonanzverlustes. In Ermangelung von Selbstwirksamkeitserfahrungen führe dies zu vermehrten Protesten der Bürger gegen die versteinerten Verhältnisse, die Ohnmacht und eine als entfremdet erfahrene Politik.

In dieser Situation, so argumentiert Fukuyama, sei es für den abgehängten Teil der Menschen sehr verlockend, einem vermeintlich undurchschaubaren, schwerfälligen und anspruchsvollen demokratischen System den Rücken zu kehren und sich stattdessen einfachen, jedermann verständlichen Angeboten von rückwärtsgewandten, idyllisch verklärten und ethnisch bzw. national geschlossenen Gesellschaftsmodellen anzuschließen (Fukuyama 2019).

Geschlossene Gesellschaftsbilder und traditionelle Wertvorstellungen bestimmen die Gegenarrative zur globalen, transnationalen Moderne, die heute vor allem von aufstrebenden populistischen, rechtsgerichteten, aber auch von fundamentalistischen Bewegungen und politischen Strömungen vermehrt angeboten werden (Koppetsch 2019). Bildet sich zudem aus dem Gefühl der Angst und Verlustbedrohung sowie den emotional unterlegten Ressentiments gegenüber „den anderen“

ein „kollektives Bewusstsein der Benachteiligung“, dann kann daraus letztlich bei jenem Teil der Gesellschaft, der sich abgehängt fühlt, so Koppetsch, Empörung und ein entsprechendes aktives politisches Handeln resultieren.

Allerdings betont Fukuyama (2019) gleichermaßen, dass sich die politisch linksgerichteten Eliten und vorherrschenden Strömungen in der Gesellschaft, mit ihrem hinzugewonnenen transnationalen Sozialkapital, ihren universellen Kompetenzen und ihrer kreativen Lust zur kulturellen De- und Rekonstruktion in den letzten Jahrzehnten immer weniger um die zahlreicher werdenden Globalisierungsverlierer, die zunehmenden sozioökonomischen Ungleichheiten sowie die einfachen, vermeintlich „normalen“ kulturellen Befindlichkeiten der Mehrheitsgesellschaft gekümmert hätten.

Stattdessen hätten sie sich immer mehr um die eigenen Interessen gesorgt und im Sinne kultureller Vielfalt mit kleinteiligen Identitätspolitikern befasst. Gemeint ist damit eine Politik, die sich auf die Förderung bestimmter Sozialgruppen, deren Rechte und kulturelle Eigenheiten konzentriert. Stand dabei zunächst die Beseitigung von Benachteiligungen gegenüber der Mehrheitsgesellschaft im Vordergrund, setzte sich nach und nach das Selbstverständnis durch, es gebe über die bloße Existenz von Kindern, Frauen, Homosexuellen oder Migrantinnen hinaus eine besondere Identität dieser Gruppen mit eigenständigen Traditionen, Werten und kulturellem Sinngehalt.

Diesen müsse, so die gängige identitätspolitische Argumentation, größtmögliche Aufmerksamkeit und Förderung zukommen.

Die Ursachen dieser Entwicklung lägen, so Koppetsch, in der Auflösung der bis dahin dominanten Sozialklassen gegen Ende des 20. Jahrhunderts, z. B. der Arbeiterklasse, und der einhergehenden Herausbildung von Neogemeinschaften, z. B. nach Geschlecht, Ethnien oder Lebensstilen, die einem Individuum eine neue kollektive Selbstvergewisserung ermöglichen. Zum anderen gehe es im harten kapitalistischen Wettbewerb der Menschen untereinander vor allem darum, sich von anderen abzuheben und etwas ganz Besonderes zu sein, auch um aus solchen Selbstzuschreibungen ggf. eigene Vorteile zu ziehen (Koppetsch 2019).

Gerade über diese Identitätspolitiken sei jedoch der Kontakt der linksgerichteten Eliten zu den sozioökonomischen und kulturellen Verlierern der Globalisierung und einer gesellschaftlichen Modernisierung, an der sie nicht mehr teilhaben, immer mehr abgerissen. In Folge sei neben die sozioökonomische auch eine kulturelle Spaltung getreten. Diese Form der Vernachlässigung habe zur Abkehr der Menschen beigetragen.

Auch habe dies zum Aufstieg rechtspopulistischer Strömungen beigetragen, die ein attraktives, einfach verständliches, national begründetes Identitätsangebot einer geschlossenen Gesellschaft unterbreiteten, das, so das rückwärtsgewandte rechtspopulistische Heilsversprechen, die alten gesellschaftlichen Privilegien, Besitzansprüche und Positionen einer

weitgehend geschlossenen Gesellschaft vehement verteidigen würde (Fukuyama 2019; Koppetsch 2019).

Der zuletzt mit großer emotionaler Wucht im politischen Diskurs vorgetragene, meist rechtspopulistischen Elitenkritik steht somit angesichts dieser Gesellschaftsanalysen auch eine Elitenkritik von wissenschaftlicher Seite gegenüber, im Sinne einer Kritik am Egoismus der Eliten, an der zunehmenden Entsolidarisierung und an einhergehenden Identitätspolitiken. Sie münden u. a. in der Aufforderung, die kosmopolitisch eingestellten Globalisierungsgewinner in den westlichen Demokratien müssten endlich ihre „kulturelle Arroganz“ ablegen und anfangen, neue Brücken zu bauen (Zürn, 2018).

Wie weit reicht die offene, liberale Gesellschaft?

Erschwerend hinzu kommt allerdings, dass ja auch die Feinde von Demokratie und Freiheit in einer offenen Gesellschaft gewisse demokratische Rechte und Freiheiten für sich in Anspruch nehmen können und dies auch vehement einfordern. Allerdings, so argumentierte Popper in seinem klassischen Gesellschaftsmodell, endet die Toleranz der offenen Gesellschaft dann, wenn ihre Feinde das Ende von Demokratie und Freiheit herbeizuführen versuchen (Popper 1945). Dieses demokratische Paradoxon gilt es, im andauernden politischen Diskurs stets neu und angemessen auszuhandeln, was sich jedoch in der alltäglichen Praxis als extrem schwierig erweist.

So sind politische Auseinandersetzungen, z. B. über die Migrations- und Integrationspolitik, heute oft dadurch geprägt, dass ideologisch aufgeladene, populistische Strömungen aus allen politischen Richtungen ganz besonders auf Toleranz ihnen gegenüber, auf Meinungsvielfalt und das Recht zur freien Meinungsäußerung bestehen, auch wenn sie dann selbst die demokratischen Spielregeln weitgehend ignorieren.

„We love refugees“ auf der einen, „das wird man ja wohl noch sagen dürfen“ auf der anderen Seite. Strategisch dürfte es dabei allerdings vor allem darum gehen, die bürgerchaftliche Aufmerksamkeitsschwelle, das politische Agenda-Setting und letztlich auch das gesellschaftliche Wertesystem im eigenen Sinne zu beeinflussen und die Schmerzgrenzen des gesellschaftlich Tolerierbaren nach und nach in die gewünschte Richtung zu verschieben.

Werden politisch extreme, z. B. rassistische oder nationalistische Argumente an den Pranger gestellt oder bestimmte ideologische Standpunkte und identitätspolitische Sonderrechte nicht anerkannt oder vorbehaltlos unterstützt, dann ist oftmals recht schnell und emotional unterlegt von einer undemokratischen Verweigerung des rationalen Diskurses oder gar von einer Zensur die Rede. Natürlich wird diese gewollte Meinungsfreiheit dann aber nur für eigene politische Positionen eingefordert.

Anderen, dem vielleicht entgegengesetzte Standpunkte werden solche Freiheiten und Rechte dagegen eher nicht zuerkannt. Das gilt

oft, in zirkulärer Zuspitzung, selbst für Denkweisen und Meinungen, die vielleicht einfach nur unliebsam sind, gleichwohl zu einer demokratischen Meinungsvielfalt dazugehören und daher ganz selbstverständlich unter den Schutz des Grundgesetzes fallen sollten. Auch sie werden oft pauschal in einen großen Topf geworfen und als undemokratisch, nicht tolerierbar oder – von besonders extremen Standpunkten aus – gar als staatsfeindlich und kriminell diffamiert.



Abb. 2: Im Labor: Die offene Gesellschaft, Foto: T. Kuder 2019

„Wir gegen die, links gegen rechts, Ökos gegen Autofahrer, Gebrüll gegen Gebrüll, Zwischentöne sind nur Krampf im Meinungskampf – wollen wir da lang?“ fragt Ralf Fuecks vom Zentrum liberale Moderne angesichts dieser Befindlichkeiten.

Vor dem Hintergrund einer fragmentierten Welt, einer mit den Problemen der sozioökonomischen und kulturellen Spaltung belasteten Gesellschaft sowie den damit oft einhergehenden, populistisch und emotional destruktiv aufgeladenen, von gegenseitigen Vorurteilen belasteten Gesellschaftsdiskursen,

so hat es den Anschein, stellt die Durchsetzung rationaler politischer Diskurse und Entscheidungen sowie die verbindliche Einhaltung der aufgezeigten Spielregeln, wie sie in demokratischen Gesellschaften unerlässlich sind, eine gewaltige Herausforderung und Bewährungsprobe für die offene Gesellschaft und freiheitliche Demokratie dar.

Das Kunststück, das es angesichts dessen einzuüben gilt, so beantwortet Ralf Fuecks seine eigens gestellte Frage, ist eine „...klare Kante gegen die Feinde der liberalen Demokratie, ohne dabei selbst autoritär zu werden. `Klare Kante` heißt wehrhaft. Das gilt für die offensive Auseinandersetzung mit antidemokratischen Kräften wie für eine harte Haltung gegenüber jeder politischen Gewalt. Aber man verteidigt die liberale Demokratie nicht, indem man radikalisiert und polarisiert was das Zeug hält“ (Fuecks 2019).

Neue Herausforderungen: Digitalisierung, künstliche Intelligenz und Biotechnologie

Doch damit nicht genug. Mit der Digitalisierung fast aller gesellschaftlicher Lebensbereiche und der künstlichen Intelligenz, die den Menschen und seine Arbeitskraft vollends überflüssig zu machen und in die Bedeutungslosigkeit zu entlassen droht, sind bereits die nächsten gewaltigen, disruptiven Herausforderungen in der Gesellschaft angekommen (Harari 2018).

Obwohl technologische Innovationen vermutlich schon immer in der Geschichte der Menschheit von großen Unwägbarkeiten und

Gefährdungen begleitet waren, die erst im Lauf der Zeit, insbesondere durch gesetzlich fundierte Regulierungen und weiterführende technische Neuerungen, zivilisiert werden konnten, so bedarf es in den Zeiten einer „Risikogesellschaft“ (Beck 1986) heute keiner großen Vorstellungskraft, die potentiellen Gefahren und die damit verbundenen gewaltigen Herausforderungen für eine offene, demokratische Gesellschaft zu erkennen.

Im digitalen Wandel spiegelt sich zunächst mit fast vollständiger Übereinstimmung die oben ausgeführte soziale Spaltung der Gesellschaft in Globalisierungsgewinner und -verlierer wieder. Es sind vor allem die sozial schwächeren und älteren Milieus, die keinen hinreichenden Zugang zur Digitalisierung ihrer Lebenswelt finden, somit davon bedroht sind, den Anschluss an aktuelle gesellschaftliche Entwicklungsprozesse zu verlieren und weiter auf den Pfad sozialer Abwärtsmobilität zu geraten (Kuder 2018).

Zu den Herausforderungen dürften des Weiteren die gewinnorientierten, privatwirtschaftlichen Monopolstrukturen auf der Seite der Anbieter digitaler Technologien gehören, die auf jede erdenkliche Art und Weise den Erwerb und Besitz menschlicher Daten zu vergolden verstehen. Dazu kommt die schon heute kaum noch kontrollierbare Steuerung alltäglicher Vorgänge bis hin zu ganzen gesellschaftlichen Entwicklungspfaden durch Algorithmen und „lernende“, sich selbst weiterentwickelnde, vermeintlich intelligente Computerprogramme.

Nicht zu vergessen auch die Potenziale zu einer totalen bzw. totalitären Überwachung, die ein enormes Missbrauchspotenzial aufweisen, vor allem bei einem derzeit vielleicht noch futuristisch anmutenden, gleichwohl aber bereits absehbaren Zusammenwirken von Big Data und Biotechnologie, z. B. bei der Gesichtserkennung oder bei Programmen zur Analyse und Überwachung von Gestik und Mimik, (Harari 2018). Und nicht zuletzt stellt auch die bereits Realität gewordene passgenaue Manipulation bürgerschaftlicher Meinungen sowie politischer Präferenzen – und damit auch von Wahlen – eine große, neue Herausforderung dar.

Mit der Digitalisierung der Gesellschaft einhergehend kommt es aber auch zu einer weitreichenden Digitalisierung der Kommunikation und insbesondere zu einer zunehmenden Digitalisierung der politischen Kommunikation. Offensichtlich dürfte es heute bereits geworden sein, dass neben den damit verbundenen Hoffnungen und Chancen auf verbesserte bürgerschaftliche Vernetzung, weitreichende Organisation und reaktionsschnelle politische Aktivierung durch das Internet und die sozialen Medien auch eine Vielzahl von signifikanten Gefahren für die offene, demokratische Gesellschaft entstanden sind (Harari 2018, s. a. Aring 2018).

So werden Internet und soziale Medien z. B. gerade auch von den populistischen und extremistischen Strömungen intensiv für ihre gesellschaftsfeindliche Propaganda, ihre weitreichende Vernetzung und ihre, der offenen Ge-

sellschaft oftmals entgegenstehenden, politischen Ziele missbraucht (Bartlett, Birdwell, Litter 2011).

Und es gehören dazu die Echokammern, in denen keine politischen Auseinandersetzungen mehr geführt, sondern nur noch in massenhafter Vervielfachung stark vereinfachte politische Übereinstimmungen artikuliert und gefeiert werden. Hinzu kommen die gewaltigen, meist kurzfristig aufwallenden Empörungswellen und die mitunter völlige Enthemmung der vermeintlichen politischen Diskurse, bei der vor menschenverachtenden Beleidigungen oder gar anonymen Morddrohungen nicht haltgemacht wird.

Und nicht zuletzt gehört dazu auch die unzureichende Verkürzung der unabdingbaren politischen Argumentation, Begründung und Rechtfertigung auf eine technisch zugelassene Anzahl von Zeichen sowie eine destruktiv überhöhte, rational nicht mehr nachvollziehbare Emotionalisierung gesellschaftlicher Diskurse. Die Digitalisierung, die künstliche Intelligenz und die Biotechnologie dürften damit, neben und mit den skizzierten gesellschaftspolitischen Befindlichkeiten, heute und in Zukunft, mit zu den gewaltigsten Herausforderungen für eine offene, demokratische Gesellschaft gehören.

„Der erste Schritt besteht darin, die Untergangsprophetieungen herunterzudimmen und vom Panikmodus in den der Verunsicherung umzuschalten.“ (Yuval Harari 2018)

Fazit

Die offene, demokratische Gesellschaft war und ist allerdings kein ausgewachsenes und daher auf Dauer immer gleichbleibendes, in sich völlig stabiles Projekt der Moderne. Vielmehr handelt es sich dabei eher um einen dauerhaften gesellschaftlichen Prozess, der immer im Wandel begriffen und zukunfts offen ist. Aufgrund der sich verändernden, mitunter unberechenbaren gesellschaftlichen Rahmenbedingungen kann dieser Prozess durchaus riskante Züge annehmen (Rödel, Frankenberg, Dubiel 1989).

Dieser Wandel war in der Geschichte (und ist es auch in der Gegenwart und Zukunft) immer anfällig für krisenhafte Erschütterungen, sei es bei grundlegenden globalen Veränderungen mit weitreichenden lokalen Auswirkungen, bei weitreichenden sozialen, wirtschaftlichen oder kulturellen Verwerfungen oder bei der schrittweisen Aushöhlung von bewährten, zuletzt aber überkommenen gesellschaftlichen Strukturen.

Yuval Harari hat allerdings auch mit Blick auf die offene liberale Gesellschaft darauf verwiesen, dass Untergangsprophetien und Panikmache, die eng mit dem vermeintlich selbstsicheren und selbstgefälligen Hochmut (Hybris) einhergehen, doch besser auf den Zustand der „Verunsicherung“ heruntergedimmt werden sollten (Harari 2018). Aus einer solchen Perspektive betrachtet, stellt sich die offene, demokratische Gesellschaft einmal mehr in der neueren Geschichte als eine große gesellschaftspolitische Herausforderung dar, die es trotz großer Verunsicherungen entschieden anzunehmen und zu bewältigen gilt.

Die vorstehenden Gesellschaftsanalysen geben bereits einige tragfähige Hinweise zu wichtigen politischen Themensetzungen sowie wissenschaftlichen Forschungsaufgaben. Diesen fühlt sich auch der vhw – Bundesverband für Wohnen und Stadtentwicklung in seinen milieubasierten Forschungsaktivitäten und -projekten zur Stärkung des sozialen Zusammenhalts und der lokalen Demokratie verpflichtet. In seiner Forschungsprogrammatis finden sich dazu verschiedene, synergetisch miteinander verflochtene Themenschwerpunkte.

Dazu gehört zunächst die „vorphysische“ Stärkung der sozial Schwachen in benachteiligten Stadtquartieren und Nachbarschaften, wie sie bereits in der Leipzig-Charta (2007) besondere Aufmerksamkeit erfahren hat (und dies auch in der avisierten Leipzig-Charta 2020 erfahren dürfte) und insbesondere in den gebietsbezogenen Ansätzen der Gemeinwesenarbeit, der „sozialen Stadt“ bzw. des Quartiersmanagements oder des Berliner Programms „Berlin entwickelt neue Nachbarschaften (BENN)“ mit einem engen Sozialraumbezug gefördert wird.

Des Weiteren erscheint eine darauf aufbauende, auf Zuhören, Inklusion, Qualität und Resonanz bedachte politische Teilhabe aller Sozialgruppen der Gesellschaft, insbesondere auch der „schweigenden Mehrheit“ unabdingbar zu sein, die es nicht nur in der viel strapazierten Beteiligung der Bürger an der

Stadtentwicklung und -planung vermag, neue Brücken zu allen Menschen und allen Sozialgruppen zu errichten, populistische Strömungen in ihre Schranken zu verweisen und neues Vertrauen zwischen Bürgerschaft und (Kommunal-)Politik aufzubauen.

Und nicht zuletzt gilt es, einen mit der Smart City Charta eingeforderten, kritischen Diskurs der Gesellschaft über die neuen Technologien und die digitale Transformation der Gesellschaft endlich auch mit aktivem Leben zu füllen. Dabei ist ein kritischer, bürgerschaftlicher Diskurs zur Digitalisierung in großer Breite und auf der Basis fundierten Wissens gefragt, der – angesichts der aufgezeigten Herausforderungen – diesen Namen auch tatsächlich verdient. Um den aufgezeigten Herausforderungen zu begegnen ist es aber an erster Stelle erforderlich, sich ihnen ohne jegliche politische Naivität, z. B. gegenüber dem Populismus „im Schafspelz“ oder dem digitalen „Neuland“, entschlossen, mit aller positiven Energie, Kraft, Ausdauer und Beharrlichkeit, zukunftsorientiert und mitunter eben auch in einem gewissen Maße risikobereit zuzuwenden.

Quellen

Aring, Jürgen, Kurz, Peter (2018): Disruptive Entwicklung. In: vhw Tätigkeitsbericht 2017/18. Berlin.

Aring, Jürgen (2019): Risse in der Gesellschaft? vhw werkSTADT Nr. 31. Berlin.

Bauman, Zygmunt (2017): Retropia. Berlin.

Beck, Ulrich (1986): Risikogesellschaft. Frankfurt a. M.

Bundesminister für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (2007): Leipzig Charta zur nachhaltigen europäischen Stadt. Berlin.

Crouch, Colin (2008): Postdemokratie. Frankfurt a. M.

Fuecks, Ralf (Zentrum Liberale Moderne), am 15. September 2019 auf Twitter.

Fukuyama, Francis (2019): Identität. Wie der Verlust der Würde die Demokratie gefährdet. Hamburg.

Harari, Yuval Noah (2018): 21 Lektionen für das 21. Jahrhundert. München.

Heitmeyer, Wilhelm (Hg.) (2007): Deutsche Zustände, Folge 6. Frankfurt a. M.

Jörke, Dirk (2011): Bürgerbeteiligung in der Postdemokratie. In: Bundeszentrale für politische Bildung (Hg.): Postdemokratie? Aus Politik und Zeitgeschichte, 1-2, 2011. Bonn.

Koppetsch, Cornelia (2019): Die Gesellschaft des Zorns. Bielefeld.

Kuder, Thomas (2018): Soziale Herausforderungen der Digitalisierung. vhw werkSTADT Nr. 17. Berlin.

Kuder, Thomas (2017): Bürgerbeteiligung neu justiert! vhw werkSTADT Nr. 16. Berlin.

Popper, Karl R. (zuerst erschienen 1945 in englischer Sprache): The Open Society and Its Enemies. 1. The Spell of Plato. 2. The high tide of prophecy: Hegel, Marx and the aftermath. London.

Rosa, Hartmut (2018): Resonanz. Eine Soziologie der Weltbeziehung. Frankfurt a. M.

Bartlett, Jamie, Birdwell, Jonathan, Litter, Mark (2011): The New Face of Digital Populism. London.

Rödel, Ulrich, Frankenberg, Günter, Dubiel, Helmut (1989): Die demokratische Frage. Frankfurt.

Zürn, Michael (2018): Die Kosmopoliten müssen ihre kulturelle Arroganz ablegen. In: Die sortierte Gesellschaft, Novo-Printausgabe 125 – 1/2018.

Impressum

vhw werkSTADT
ISSN 2367-0819
Erscheinungsort: Berlin

Herausgeber

vhw-Bundesverband für Wohnen und
Stadtentwicklung e. V.
Vorstand: Prof. Dr. Jürgen Aring
Fritschestraße 27/28
10585 Berlin
Telefon: +49 30 390473-230
Telefax: +49 30 390473-190
E-Mail: werkstadt@vhw.de
www.vhw.de

Titelbildquellen:

© denis.pc.fotolia.com

Autor

Thomas Kuder,
Seniorwissenschaftler, Clusterkoordinator
vhw e. V.

Grundlayout

DCM Druck Center Meckenheim GmbH
www.druckcenter.de

Erscheinungsweise

unregelmäßig

Bezug

Alle Ausgaben der **vhw werkSTADT** sind
unter: www.vhw.de/publikationen
kostenfrei herunter zu laden.

Bildquellen im Text

(jeweils angemerkt)